Landeshauptstadt Magdeburg
Der Oberbürgermeister

Magdeburg, 02.03.21

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/029(VII)/21			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Montag, 22.02.2021	Ratssaal	16:00Uhr	19:02Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1	Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit	
7	Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge	
7.14	Countdown-Ampel CDU-Ratsfraktion WV v. 05.11.2020	A0217/20
7.14.1	Countdown-Ampel	S0422/20
7.15	Magdeburger Weiße Flotte GmbH stärken- Wassertaxis für die Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz WV v. 05.11.2020	A0218/20
7.15.1	Magdeburger Weiße Flotte GmbH stärken- Wassertaxis für die Landeshauptstadt Magdeburg	S0454/20
7.16	Neubesetzung der Stelle „Hasselbachplatzmanager*in“ Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz WV v. 05.11.2020	A0219/20

7.16.1	Neubesetzung der Stelle „Hasselbachplatzmanager*in“	S0425/20
7.17	Platz der Trümmerfrauen Fraktion AfD WV v. 05.11.2020	A0223/20
7.17.1	Platz der Trümmerfrauen	S0432/20
7.18	Sauberkeit - Ordnung – Sicherheit in Magdeburg – Pilotprojekt Halberstädter Straße CDU-Ratsfraktion WV v. 05.11.2020	A0224/20
7.18.1	Sauberkeit - Ordnung – Sicherheit in Magdeburg – Pilotprojekt Halberstädter Straße	S0403/20
7.19	Senkung der Mobilpreise für Elektromobilität Fraktion FDP/Tierschutzpartei WV v. 05.11.2020	A0227/20
7.19.1	Senkung der Mobilpreise für Elektromobilität	S0453/20
7.20	Weitere Grünpfeil-Regelungen im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Magdeburg prüfen Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz WV v. 05.11.2020	A0232/20
7.20.1	Weitere Grünpfeil-Regelungen im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Magdeburg prüfen	S0449/20
7.21	Alexander-Puschkin-Straße von Schmierereien befreien Fraktion AfD WV v. 05.11.2020	A0234/20
7.21.1	Alexander-Puschkin-Straße von Schmierereien befreien	S0440/20
	Neuanträge	
7.22	Transparente Aufstellungen zum Haushaltsplan Fraktion AfD WV v. 21.01.2021	A0250/20
7.23	Prüfung der Problemlage im Moritzplatzquartier Fraktion AfD WV v. 21.01.2021	A0252/20

7.24	Gefahr an der Sternbrücke prüfen Fraktion AfD WV v. 21.01.2021	A0259/20
7.25	Straßenbenennungen im Wissenschaftshafen nach Dorothea Erxleben und Lise Meitner SPD-Stadtratsfraktion	A0002/21
7.26	Intelligente Transportsysteme (ITS) CDU-Ratsfraktion	A0263/21
7.27	Förderung einer Fachkraft für den hauswirtschaftlichen und technischen Bereich im Frauenhaus Magdeburg SPD-Stadtratsfraktion	A0015/21
7.28	Winterdienst soll nachhaltiger werden CDU-Ratsfraktion	A0022/21
7.29	Neues Wehr am Prester See absichern SPD-Stadtratsfraktion	A0024/21
7.30	Befestigung des Weges am Prester See SPD-Stadtratsfraktion	A0025/21
7.30.1	Befestigung des Weges am Prester See SR Liebau (Fraktion Grüne/future!)	A0025/21/1
7.31	Bücherbänke FDP/Tierschutzpartei	A0010/21
7.32	Neustädter Bahnhof Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0016/21
7.33	Bienenweide Oststraße/ Lingnerstraße, Höhe Victoriapark prüfen Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0017/21
7.34	Magdeburger bleiben und werden - sinkenden Einwohnerzahlen entgegenwirken Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0018/21
7.35	Standbild Magdeburger Reiter Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0019/21
7.36	Geruchsbelästigung in Magdeburg Diesdorf Fraktion FDP/Tierschutzpartei	A0011/21
7.37	Verbesserung der Wasserqualität und Vermeidung von Fischsterben in den Salbker Seen Fraktion FDP/Tierschutzpartei	A0012/21

7.37.1	Verbesserung der Wasserqualität und Vermeidung von Fischsterben in den Salbker Seen SR Jannack, Fraktion DIE LINKE SR Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion	A0012/21/1
7.38	Barrierefreiheit auf Friedhöfen Fraktion DIE LINKE	A0004/21
7.39	Abarbeitung der Prioritätenliste zur Sanierung von Geh- und Fahrradwegen Fraktion DIE LINKE	A0005/21
7.40	Graffiti-Strategie Fraktion FDP/Tierschutzpartei	A0014/21
7.41	An Antifaschistischen Widerstand erinnern! Fraktion DIE LINKE	A0013/21
7.42	Projektgruppe Bürger*innenhaushalt Fraktion Grüne/future!	A0003/21
7.43	Zusätzliche Fahrten für mehr Abstand im ÖPNV Fraktion Grüne/future!	A0006/21
7.44	Naturerfahrungsraum Fraktion Grüne/future!	A0007/21
7.45	Kulturlandschaft sichern und Open-Air-Kultur ermöglichen Fraktion Grüne/future!	A0008/21
7.46	Grün- und Freiräume am Winterhafen Fraktion Grüne/future!	A0009/21
7.46.1	Grün- und Freiräume am Winterhafen Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0009/21/1
7.46.2	Grün- und Freiräume am Winterhafen Fraktion DIE LINKE	A0009/21/2
7.47	Schulkampagne Sicherer Schulweg interfraktionell	A0020/21
9	Anfragen und Anregungen an die Verwaltung	
9.1	Baumhain in der Walther-Rathenau-Straße vernichtet. Wie konnte das passieren? SR Canehl	F0053/21
9.2	Schulneubau am Winterhafen SR Rupsch	F0035/21

9.3	Neubau NP-Markt in Magdeburg-Nordwest SR Hausmann und SR Dr. Wiebe	F0023/21
9.4	Schneechaos kam mit Ansage – Magdeburger Winterdienst dennoch überfordert SR Kumpf	F0029/21
9.5	Stand der Vorbereitung des Neubaus Grundschule Buckau SR Canehl und SR Jannack	F0030/21
9.6	Digitalisierung an Schulen SR'n Schumann	F0044/21
9.7	Umgang mit den Servicepauschalen im Zusammenhang mit der Essenversorgung in Kindertagesstätten und Horten in kommunaler und freier Trägerschaft SR`n Brandt	F0025/21
9.8	Reinigung Berufskleidung der städtischen Abfallwirtschaft SR`n Middendorf	F0026/21
9.9	Eigentumsverhältnisse der Mauer entlang der MVB-Strecke zwischen Milchweg und Danziger Dorf SR`n Brandt	F0028/21
9.10	Kosten fehlender Sachkunde von Hundehalterinnen und Hundehaltern SR`n Fassl	F0032/21
9.11	Kosten/ Nutzen der Erhebung der Hundesteuer in der Landeshauptstadt Magdeburg SR'n Fassl	F0033/21
9.12	Schönebecker Straße - Dorotheenstraße SR Guderjahn	F0034/21
9.13	Lärmaktionsplan SR Kumpf	F0036/21
9.14	Prüfaufträge an Externe SR Schmidt	F0037/21
9.15	Einbeziehung von Kunst in die Pläne städtischer Bauprojekte SR'n Schulz	F0038/21
9.16	Kastration von Katzen SR'n Tietge	F0039/21
9.17	Graffiti auf Domplatz SR Kohl	F0040/21
9.18	Städtischer Winterdiensteinsatz SR Rohne	F0041/21

9.19	Hochwasserschutz 2021, wie ist die Landeshauptstadt gerüstet? SR Guderjahn	F0042/21
9.20	Nachfrage, „Bearbeitungszeit 1. Änderung zum B-Plan Nr. 312-2 „Große Diesdorfer Straße/ Dehmberg-straße im Teilbereich“ SR Zander	F0043/21
9.21	Auswirkung der Corona-Pandemie auf Magdeburger Sportvereine SR Jannack	F0045/21
9.22	Otto greift ein? 2. Versuch der Anfrage SR Kohl	F0047/21
9.23	Markierungen abgesenkter Bordsteine SR Köpp	F0048/21
9.24	Wintereinbruch Februar 2021: Ärger und zukünftige Bewältigung SR Köpp	F0049/21
9.25	COVID-19 Impfreihenfolge und Schnelltests SR Zander	F0050/21
9.26	Barrierefreier Fußweg Salbker Straße SR'n Jäger	F0046/21
9.27	Förderprogramme zur Mobilitätswende SR`n Linke	F0051/21
9.28	Zur Ausstattung Magdeburger Schulen mit Musikinstrumenten SR Müller	F0052/21

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

---

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Prof. Dr. Pott eröffnet die 029.(VII) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträt*innen, den Oberbürgermeister, die Gäste, Mitarbeiter*innen der Verwaltung und Medienvertreter*innen . Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56	Stadträtinnen/Stadträte	
Oberbürgermeister	1		
zu Beginn anwesend	42	“	“
maximal anwesend	53	“	“
entschuldigt	4	“	“
unentschuldigt	-		

Stadtrat Boxhorn, CDU-Ratsfraktion, nimmt zur Unterstützung bei der Vorstandsarbeit im Präsidium Platz.

7. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

7.14. Countdown-Ampel A0217/20

CDU-Ratsfraktion
WV v. 05.11.2020

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadtrat Kohl, Fraktion AfD, zeigt sich irritiert von der vorliegenden Stellungnahme S0422/20 der Verwaltung. Er regt an, das geforderte Pilotprojekt am Pechauer Platz zu starten.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann gibt den Hinweis, dass die Ampelanlagen zentral gesteuert werden und erläutert den Hintergrund der Stellungnahme.

Stadtrat Frank Schuster, CDU-Ratsfraktion, schlägt vor, diese Fragen im Rahmen der Änderungen des Verkehrsentwicklungsplanes einzuarbeiten.

Gemäß vorliegendem Antrag A0217/20 der CDU-Ratsfraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 800-029(VII)21

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine sogenannte Countdown-Ampel als Pilotprojekt in der Innenstadt auf einer Hauptverkehrsachse zu installieren.

7.15.	Magdeburger Weiße Flotte GmbH stärken- Wassertaxis für die Landeshauptstadt Magdeburg Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz WV v. 05.11.2020	A0218/20

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Die Ausschüsse K, FG und WTR empfehlen die Beschlussfassung nicht.

Stadtrat Guderjahn, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, bringt den Antrag A0218/20 anhand von Bildmaterial ein.

Stadtrat Bublitz, Fraktion GRÜNE/future! erklärt, dass seine Fraktion den Antrag zwar charmant findet, sie aber den Einsatz von Wassertaxis nur bei Highlights für sinnvoll hält.

Stadtrat Stern, CDU-Ratsfraktion, teilt mit, dass seine Fraktion mal einen ähnlichen Antrag gestellt habe und er den vorliegenden Antrag aus touristischer Sicht nachvollziehen könne. Er vertritt jedoch die Auffassung, dass die Weiße Flotte derzeit andere Probleme habe und der reibungslose Schiffsverkehr auch bei Hochwasser der Elbe im Vordergrund stehen muss.

Der Vorsitzende der Fraktion AfD Stadtrat Pasemann teilt die Argumentation des Stadtrates Stern und ergänzt, dass ihm Hinweise zu den Kosten und den möglichen Anlegestellen fehlen. Er regt an zu überlegen, ob ein Privatanbieter dies übernehmen könne. Abschließend signalisiert er im Namen seiner Fraktion die Ablehnung zum Antrag.

Der Vorsitzende des Ausschusses StBV Stadtrat Stage verweist auf das Votum des Ausschusses und bittet darum, dieses im Kontext mit der Niederschrift des Ausschusses zu sehen.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz Stadtrat Zander erläutert nochmals die Intention des Antrages.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler erklärt, dass er sich vorstellen könne, dass es Bedarf für einen besseren Fährbetrieb gibt, aber den Bedarf für Wassertaxis sehe er nicht. Er verweist im Weiteren auf die Schwierigkeiten im Strömungsbereich der Elbe zu fahren. Abschließend signalisiert Stadtrat Rösler im Namen seiner Fraktion die Ablehnung des Antrages.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 7 Jastimmen:

Beschluss-Nr. 801-029(VII)21

Der Antrag A0218/20 –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

im Rahmen der geplanten Neuausrichtung der Magdeburger Weiße Flotte GmbH, ein Konzept zu erarbeiten, in der Landeshauptstadt Magdeburg Wassertaxis einzurichten.

Dazu sollen Wassertaxis für 5-10 Personen angeschafft werden und die laut Information I0202/20 zum Prüfantrag A0055/20, „Magdeburger Wassertaxi“ vorhandenen, bereits nutzbaren Anlegestellen am Herrenkrug, Wissenschaftshafen, Stadtpark und Mückenwirt genutzt werden. In den Folgejahren soll das Angebot ausgebaut werden.

In Zusammenarbeit mit der Wasserschifffahrtsverwaltung des Bundes soll geprüft werden, wo neue Anlegestellen an attraktiven Orten an der Elbe. z.B. Domfelsen, Theaterfrachter, Schleuse, geschaffen werden könnten. Die Möglichkeiten sind dem Stadtrat als Vorschlag zur Beschlussfassung zur Neuerrichtung von Anlegestellen vorzulegen.

Fördermöglichkeiten sind auszuschöpfen und für den Kauf von Wasserfahrzeugen im Bereich emissionsarmer Motoren und nachhaltiger Energieerzeugung zu bevorzugen.

Das Konzept ist dem Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg zur Beschlussfassung vorzulegen. –

wird **abgelehnt.**

7.16.	Neubesetzung der Stelle „Hasselbachplatzmanager*in“	A0219/20
	Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz WV v. 05.11.2020	

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz Stadtrat Zander zieht den Antrag 0219/20 **zurück.**

7.17. Platz der Trümmerfrauen A0223/20

Fraktion AfD
WV v. 05.11.2020

Die Ausschüsse StBV, KRB, FuG und VW empfehlen die Beschlussfassung nicht.

Der Vorsitzende der Fraktion AfD Stadtrat Pasemann bringt den Antrag A0223/20 ein und bittet um Zustimmung.

Stadtrat Schuster, CDU-Ratsfraktion, gibt den Hinweis, dass mit einem vom Bildhauer Heinrich-Apel geschaffenen Ensemble an der Johanniskirche die Magdeburger Trümmerfrauen geehrt werden und dieser Platz aufgewertet werden sollte.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Jastimmen und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 802-029(VII)21

Der Antrag A0223/20 –

Es wird ein geeigneter Platz in der Innenstadt in „Platz der Trümmerfrauen“ benannt. Die Auswahl trifft die AG Straßennamen und legt diese erneut dem Stadtrat zur Abstimmung vor. –

wird **abgelehnt.**

7.18. Sauberkeit - Ordnung – Sicherheit in Magdeburg – Pilotprojekt Halberstädter Straße A0224/20

CDU-Ratsfraktion
WV v. 05.11.2020

Die Ausschüsse StBV, KRB, FuG und VW empfehlen die Beschlussfassung nicht.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen und 3 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 803-029(VII)21

Der Antrag A0224/20 –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt an Schwerpunkten, eine dauerhafte 24 Stunden und 7 Tage (24/7) durchgängige Präsenzdoppelstreife der Stadtwache, von Stadtordnungsdienst und Polizei besetzt, zu planen und zum 1. Januar 2021 einzusetzen.
Der Bereich zwischen Südring und Bergstraße, auf beiden Seiten der Halberstädter Straße, soll als erstes Pilotprojekt ausgewiesen werden.

Die Refinanzierung erfolgt durch die sich selbstragenden Bußgelder der örtlichen Verordnungen, u.a. wegen Ruhestörungen, Wegwerfen von Zigarettenkippen und Unrat, Falschparken, Falschfahren von Fahrradfahrern, Glasscherben, Hundekot, Urinierens in der Öffentlichkeit u.a.m. –

wird **abgelehnt**.

7.19. Senkung der Mobilpreise für Elektromobilität A0227/20

Fraktion FDP/Tierschutzpartei
WV v. 05.11.2020

Die Ausschüsse UwE und WTR empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Papenbreer, Fraktion FDP/TSP, bringt den Antrag A0227/20 ein. Er bezeichnet die vorliegende Stellungnahme S0453/20 der Verwaltung als leichte Posse und bittet darum, den Antrag zu unterstützen.

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, plädiert für die Ablehnung des Antrages und merkt an, dass dies nur Besserverdienenden zugutekommen würde.

Der Vorsitzende der Fraktion AfD Stadtrat Pasemann, argumentiert ebenfalls gegen die Annahme des Antrages und legt dar, dass es nicht Aufgabe der Stadt sei, in dieser Frage hier zu subventionieren.

Stadträtin Brandt, SPD-Stadtratsfraktion, bringt den GO-Antrag – Zurückverweis des Antrages in die Ausschüsse UwE und WTR ein, der durch die Vorsitzende der Fraktion GRÜNE/future! Stadträtin Linke um den Ausschuss StBV ergänzt wird.

Der Vorsitzende der Fraktion FDP/TSP Stadtrat Moll, Stadtrat Schuster, CDU-Ratsfraktion und der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz Stadtrat Zander sprechen sich gegen die Annahme des GO-Antrages aus.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen:

Der GO-Antrag zur Überweisung des Antrages A0227/20 in die Ausschüsse UwE, WTR und StBV wird **abgelehnt.**

Im Anschluss begründet Stadtrat Schuster, CDU-Ratsfraktion, die Ablehnung des Antrages durch seine Fraktion mit dem Hinweis, dass dies durch den Markt reguliert werde. Er wirbt aber dafür, sich mit diesem Thema fraktionsübergreifend zu befassen.

Die Vorsitzende der Fraktion FDP/TSP Stadträtin Dr. Hüskens erläutert nochmals die Zielstellung des Antrages. Sie betont, dass die Energiewirtschaft nicht marktwirtschaftlich organisiert is..

Stadtrat Canehl, Fraktion GRÜNE/future!, signalisiert im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zum Antrag und begrüßt den Vorschlag, sich mit diesem Thema weiter zu befassen. Er regt an, die AG Elektromobilität wieder zu beleben.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler bezeichnet es als schwierig, in die Hoheit der Städtischen Werke einzugreifen. Er spricht sich dafür aus, über Fördermöglichkeiten der Ladestruktur nachzudenken. Den vorliegenden Antrag hält Stadtrat Rösler nicht für den richtigen Weg und signalisiert die Ablehnung durch seine Fraktion.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen:

Beschluss-Nr. 804-029(VII)21

Der Antrag A0227/20 –

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg möge beschließen:
Der Oberbürgermeister wird gebeten, Gespräche mit der SWM Magdeburg zu führen, mit dem Ziel, die Stromkosten für Elektromobilität von derzeit 75,75 ct/kWh Brutto für Normalverbraucher bzw. einem Grundpreis von 85,68 EUR/Jahr Brutto und einem Arbeitspreis von 51,77 ct/kWh Brutto bei Abschluss des SWM Mobil Tarifs, auf den ortsüblichen Strompreis von ca. 30,00 ct/kwh Brutto zu senken.

wird **abgelehnt.**

7.20.	Weitere Grünpfeil-Regelungen im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Magdeburg prüfen Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz WV v. 05.11.2020	A0232/20

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadtrat Guderjahn, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, bringt den Antrag A0232/20 ein und bittet um Zustimmung.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz Stadtrat Zander macht ergänzende Ausführungen zum Antrag und gibt den Hinweis, dass in der GWA Alt Olvenstedt über diese Problematik gesprochen wurde.

Mit Hinweis auf die vorliegende Stellungnahme S0449/20 der Verwaltung erklärt Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, dass er sich ein Zurückziehen des Antrages gewünscht hätte.

Nach weiterer Diskussion stellt Stadtrat Stern, CDU-Ratsfraktion, klar, dass es sich hierbei um Neuanordnungen von grünen Abbiegepfeilen handele und nicht um der Bestehenden. Er verweist auf den zu berücksichtigenden Bürgerwillen und signalisiert die Zustimmung zum Antrag durch seine Fraktion.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler betont, dass sich der Verkehr geändert habe und der grüne Pfeil nur bedingt an der einen oder anderen Stelle richtig sei. Er gibt den Hinweis, dass die Angelegenheit in der Hoheit der unteren Verkehrsbehörde liege.

Abschließend spricht sich Stadtrat Kohl, Fraktion AfD, im Namen seiner Fraktion für die Annahme des Antrages aus.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Antrag A0232/20 mit 25 Ja-, 22 Neinstimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 805-029(VII)21

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

an Kreuzungen mit Ampelanlagen im Stadtgebiet der Landeshauptstadt Magdeburg die verkehrsrechtliche Möglichkeit zur Umsetzung weiterer "Grünpfeil-Regelung“ für fest installierte grüne Pfeile oder „Leuchtpfeile“ für rechtsabbiegende Fahrzeuge zu prüfen.

7.21. Alexander-Puschkin-Straße von Schmierereien befreien A0234/20

Fraktion AfD
WV v. 05.11.2020

Der Ausschuss VW empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Stadtrat Mertens, Fraktion AfD, bringt den Antrag A0234/20 anhand von Bildmaterial ein.

Der Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion Stadtrat Schwenke verurteilt die Sachbeschädigung durch Graffiti und regt an, dass sich der Kriminalpräventive Beirat mit dieser Thematik befassen sollte. Mit Hinweis auf den Antrag A0014/21 lehnt er jedoch im Namen seiner Fraktion den vorliegenden Antrag ab.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 8 Jastimmen und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 806-029(VII)21

Der Antrag A0234/20 der Fraktion AfD –

Der Bürgermeister wird beauftragt zur prüfen, wie der Bereich um die Alexander-Puschkin-Straße dauerhaft von illegalen Graffiti und ähnlichen Schmierereien freigehalten werden kann. –

wird **abgelehnt.**

Neuanträge

7.22. Transparente Aufstellungen zum Haushaltsplan A0250/20

Fraktion AfD
WV v. 21.01.2021

Der Antrag A0250/20 wird auf Bitte der Fraktion AfD **zurückgestellt.**

7.23. Prüfung der Problemlage im Moritzplatzquartier A0252/20

Fraktion AfD
WV v. 21.01.2021

Der Vorsitzende der Fraktion AfD Stadtrat Pasemann bringt den Antrag A0252/20 ein.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 8 Jastimmen und 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 807-029(VII)21

Der Antrag A0252/20 der Fraktion AfD –

Der Bürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie sich die Problemlage im Bereich des Moritzplatzes bezüglich Sozial- und Melderechtsbetrugs sowie Betruges in Zusammenhang mit Scheinselbstständigkeiten in den letzten 10 Jahren entwickelte. Besonders betrachtet werden sollen dabei die Höhe des entstandenen finanziellen Schadens, die Staatsbürgerschaft der vermeintlichen Betrüger sowie die ursächlichen Gründe, die diese Fehlentwicklungen im Stadtteil begünstigen. –

wird **abgelehnt.**

7.24. Gefahr an der Sternbrücke prüfen A0259/20

Fraktion AfD
WV v. 21.01.2021

Stadtrat Kumpf, Fraktion AfD, bringt den Antrag A0259/20 anhand von Bildmaterial ein.

Stadtrat Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion, bezeichnet es als merkwürdig, das eigene Kind als Beispiel zu bringen. Er signalisiert im Namen seiner Fraktion die Ablehnung zum Antrag.

Stadtrat Kumpf geht nochmals auf die Intention des Antrages ein.

Auf Nachfrage des Stadtrates Stage, Fraktion GRÜNE/future, wie viele Verletzungen es bisher gab, merkt der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz an, dass ihm keine bekannt seien.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 8 Jastimmen und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 808-029(VII)21

Der Antrag A0259/20 der Fraktion AfD –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und wie die Verletzungsgefahr ausgehend von den spitzen und scharfkantigen Sternen auf den Granitblöcken vor der Sternbrücke, vor allem in Bezug auf spielende Kinder, verringert werden kann. –

wird **abgelehnt.**

7.25.	Straßenbenennungen im Wissenschaftshafen nach Dorothea Erxleben und Lise Meitner SPD-Stadtratsfraktion	A0002/21

Es liegen die GO-Anträge der CDU-Ratsfraktion – Überweisung des Antrages A0002/21 in den Ausschuss KRB und in die AG Straßennamen und der Fraktion FDP/TSP – Überweisung des Antrages in die AG Straßennamen vor.

Stadtrat Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion, spricht sich gegen die Annahme des GO-Antrages aus.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen:

Der Antrag A0002/21 wird in den Ausschuss KRB und in die AG Straßennamen überwiesen.

7.26. Intelligente Transportsysteme (ITS) A0263/21

CDU-Ratsfraktion

Es liegen die GO-Anträge der Fraktion GRÜNE/future!, CDU-Ratsfraktion und SPD-Stadtratsfraktion – Überweisung des Antrages A0263/21 in den Ausschuss StBV und ergänzend der SPD-Stadtratsfraktion in die Ausschüsse UwE und GeSo – vor.

Gemäß vorliegender GO-Anträge **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen:

Der Antrag A0263/21 wird in die Ausschüsse StBV, UwE und GeSo überwiesen.

7.27. Förderung einer Fachkraft für den hauswirtschaftlichen und technischen Bereich im Frauenhaus Magdeburg A0015/21

SPD-Stadtratsfraktion

Es liegen die GO-Anträge der CDU-Ratsfraktion – Überweisung des Antrages A0015/21 in den Ausschuss FG und GeSo und der Fraktion FDP/TSP – Überweisung des Antrages in die Ausschüsse FuG, GeSo und FG – vor. Die Fraktion DIE LINKE beantragt ebenfalls die Überweisung des Antrages A0015/21 in den Ausschuss FuG.

Gemäß vorliegender GO-Anträge **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0015/21 wird in die Ausschüsse FG, FuG und GeSo überwiesen.

7.28. Winterdienst soll nachhaltiger werden A0022/21

CDU-Ratsfraktion

Es liegen die GO-Anträge der CDU-Ratsfraktion – Überweisung des Antrages A0022/21 in die Ausschüsse UwE und KRB, der SPD-Stadtratsfraktion und Fraktion DIE LINKE – Überweisung des Antrages in den BA SAB und der Fraktion FDP/TSP – Überweisung des Antrages in den Ausschuss StBV – vor.

Gemäß vorliegender GO-Anträge **beschließt** der Stadtrat

Der Antrag A0022/21 wird in die Ausschüsse UwE, KRB, StBV und in den BA SAB überwiesen.

7.29. Neues Wehr am Prester See absichern A0024/21

SPD-Stadtratsfraktion

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion DIE LINKE – Überweisung des Antrages A0024/21 in die Ausschüsse UwE und StBV – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0024/21 wird in die Ausschüsse UwE und StBV überwiesen.

7.30. Befestigung des Weges am Prester See A0025/21

SPD-Stadtratsfraktion

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion DIE LINKE – Überweisung des Antrages A0025/21 in die Ausschüsse UwE und StBV –vor.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler bringt den Antrag A0025/21 ein und spricht sich gegen den vorliegenden GO-Antrag aus.

Stadtrat Rupsch, CDU-Ratsfraktion, spricht sich für die Annahme des GO-Antrages aus.

Stadträtin Schumann, Fraktion FDP/TSP spricht sich gegen die Annahme des GO-Antrages aus.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Jastimmen und einigen Enthaltungen:

Der GO-Antrag der Fraktion DIE LINKE – Überweisung des Antrages A0025/21 in die Ausschüsse UwE und StBV – wird **abgelehnt.**

Stadtrat Liebau, Fraktion GRÜNE/future!, bringt den Änderungsantrag A0025/21/1 ein und signalisiert im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zum Antrag A0025/21.

Stadtrat Köpp, SPD-Stadtratsfraktion, begrüßt im Namen seiner Fraktion den Änderungsantrag und signalisiert die Zustimmung.

Stadtrat Rupsch, CDU-Ratsfraktion, gibt den Hinweis, dass die ökologischen Aspekte bereits im Rahmen des Brückenbaus an der alten Elbe geprüft wurden.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag A0025/21/1 einstimmig:

Der Antragstext des Antrags A0025/21 wird wie folgt am Ende ergänzt:

„Zudem sollen die ökologischen Aspekte wie z.B. Auswirkungen für Tiere und Flächenversieglungen mit in die Prüfung einbezogen werden.“

Gemäß Antrag A0025/21 der SPD-Stadtratsfraktion **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des beschlossenen Änderungsantrages mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 809-029(VII)21

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, ob der Weg, der vom Vereinsheim des Kanuklubs Falke an der Seestraße entlang der Alten Elbe, der Elbe und der „Mäuseburg“ nach Alt Prester führt, befestigt werden kann, so dass dieser auch nach längerem Regenwetter begeh- und befahrbar bleibt und bei Hochwasser nicht zerstört wird. Hierbei soll auch geprüft werden, ob Fördermittel zur Finanzierung genutzt werden können.

Zudem sollen die ökologischen Aspekte wie z.B. Auswirkungen für Tiere und Flächenversieglungen mit in die Prüfung einbezogen werden.

7.31. Bücherbänke A0010/21

FDP/Tierschutzpartei

Gemäß vorliegendem Antrag A0010/21 der Fraktion FDP/TSP **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 810-029(VII)21

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, wo und unter welchen Bedingungen Bücherbänke in Magdeburg aufgestellt werden können.

7.32. Neustädter Bahnhof A0016/21

Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz – Überweisung des Antrages A0016/21 in die Ausschüsse FG, StBV und VW – vor.

Der vorliegende GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0016/21 in die Ausschüsse FG, StBV und VW – wird vom Stadtrat mit 22 Ja-, 24 Neinstimmen und 3 Enthaltungen **abgelehnt.**

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz Stadtrat Zander erläutert die Intention des vorliegenden Antrages A0016/21.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtrat Rösler kann der Feststellung des Stadtrates Zander, dass der Bahnhof ein Schandfleck für die Stadt Magdeburg sei, zwar folgen, hält aber den Antrag nicht

für den richtigen Weg für die Lösung des Problems. Er bezeichnet die Lage als schwierig und merkt an, dass weitere Gespräche mit dem Grundstückseigentümer geführt werden müssten.

Stadtrat Jannack, Fraktion DIE LINKE, erklärt, dass die Wobau Magdeburg das Problem auch nicht lösen könne, wenn es der Stadt bisher auch nicht gelungen sei.

Die Vorsitzende der Fraktion GRÜNE/future Stadträtin Linke gibt zu Protokoll, dass das Problem angegangen werden muss, aber nicht wie es im vorliegenden Antrag gefordert wird.
Sie führt mit Hinweis auf das ISEK aus, dass sie sich eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität vorstellen könne.

Stadtrat Guderjahn, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, kann nicht nachvollziehen, dass es trotz des vorhandenen Verständnisses für die Situation keine Änderungsanträge von den Fraktionen gibt. Er bedauert, dass die Stadt von dem Vorkaufsrecht nicht frühzeitig Gebrauch gemacht habe.

Eingehend auf die kritischen Anmerkungen des Stadtrates Guderjahn, erklärt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper, dass die Deutsche Bahn sich vieler Bahnhöfe entledigt habe. Er weist zurück, dass die Stadt für 10.000 Euro den Bahnhof hätte kaufen können. Er informiert im Weiteren, dass es eventuell einen Käufer gäbe und damit auch eine Lösung des Problems.

Stadtrat Stern, CDU-Ratsfraktion, verweist auf einen ähnlichen Antrag seiner Fraktion aus dem Jahr 2018. Er spricht sich dafür aus, sich jetzt auf die Gespräche mit dem Investor zu konzentrieren. Er bittet in diesem Zusammenhang darum, auch den Kölner Platz im Auge zu behalten.

Der Vorsitzende der Fraktion AfD Stadtrat Pasemann unterstützt im Namen seiner Fraktion den vorliegenden Antrag.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 11 Jastimmen und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 811-029(VII)21

Der Antrag A0016/21 der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit der Geschäftsführung der Wohnungsbaugesellschaft Magdeburg mbH (Wobau) Gespräche zum Erwerb des Neustädter Bahnhofs aufzunehmen.
Die Wobau soll das Gebäude erwerben, anschließend sanieren und ein Konzept zur Nutzung als Zirkusmuseum und/ oder DDR Museumzu erstellen. –

wird **abgelehnt.**

7.33. Bienenweide Oststraße/ Lingnerstraße, Höhe Victoriapark prüfen A0017/21

Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz

Gemäß vorliegendem Antrag A0017/21 der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 8 Gegenstimmen:

Beschluss-Nr. 812-029(VII)21

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen,
ob auf der Rasenfläche an der verlängerten Oststraße, Höhe Victoriapark, eine Bienenweide eingerichtet werden kann.

7.34. Magdeburger bleiben und werden - sinkenden Einwohnerzahlen entgegenwirken A0018/21

Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz – Überweisung des Antrages A0018/21 in die Ausschüsse KRB und VW und der Fraktion DIE LINKE – Überweisung des Antrages in den Ausschuss FuG – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und 1 Enthaltung:

Der Antrag A0018/21 wird in die Ausschüsse KRB, FuG und VW überwiesen.

7.35. Standbild Magdeburger Reiter A0019/21

Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz

Es liegen die GO-Anträge der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz – Überweisung des Antrages A0019/21 in den Ausschuss StBV und der SPD-Stadtratsfraktion – Überweisung des Antrages in den Ausschuss K – vor.

Gemäß vorliegender GO-Anträge **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Der Antrag A0019/21 wird in die Ausschüsse K und StBV überwiesen.

7.36. Geruchsbelästigung in Magdeburg Diesdorf A0011/21

Fraktion FDP/Tierschutzpartei

Stadträtin Schulz, Fraktion FDP/TSP, bringt den Antrag A0011/21 ein.

Gemäß vorliegendem Antrag A0011/21 **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 813-029(VII)21

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, die Luftverschmutzung, die durch den Kompostplatz Niederndodeleben der Harz-Humus Recycling GmbH an der Stadtgrenze Magdeburg-Niederndodeleben entsteht, abzustellen.

7.37. Verbesserung der Wasserqualität und Vermeidung von Fischsterben in den Salbker Seen A0012/21

Fraktion FDP/Tierschutzpartei

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0012/21 in die Ausschüsse BSS und UwE – vor.

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt der Änderungsantrag A0012/21/1 der Stadträte Jannack, Fraktion DIE LINKE und Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0012/21 wird in die Ausschüsse UwE und BSS überwiesen.

Der vorliegende Änderungsantrag wird in die Beratungen mit einbezogen.

7.38. Barrierefreiheit auf Friedhöfen A0004/21

Fraktion DIE LINKE

Gemäß vorliegendem Antrag A0004/21 der Fraktion DIE LINKE **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 8 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 814-029(VII)21

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, wie und bis wann auf den Friedhöfen der Landeshauptstadt Magdeburg barrierefreie Zugänge zu den Kapellen & Trauerhallen geschaffen werden können.

7.39. Abarbeitung der Prioritätenliste zur Sanierung von Geh- und Fahrradwegen A0005/21

Fraktion DIE LINKE

Es liegt der GO-Antrag der CDU-Ratsfraktion – Überweisung des Antrages A0005/21 in die Ausschüsse FG und StBV – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 10 Gegenstimmen:

Der Antrag A0005/21 wird in die Ausschüsse FG und StBV überwiesen.

7.40. Graffiti-Strategie A0014/21

Fraktion FDP/Tierschutzpartei

Es liegen die GO-Anträge der Fraktion GRÜNE/future! und SPD-Stadtratsfraktion - Überweisung des Antrages A0014/21 in die Ausschüsse StBV, K und KRB – vor. Stadträtin Schumann, Fraktion FDP/TSP, Stadtrat Stern, CDU-Ratsfraktion und der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz Stadtrat Zander sprechen sich gegen die Annahme des GO-Antrages aus.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper macht deutlich, dass die jahrelange Arbeit des kriminalpräventiven Beirats das Problem nicht lösen konnte. Er stellt klar, dass man das Problem nicht in den Griff bekomme, solange es Spraydosen frei zu kaufen gäbe.

Der Stadtrat **beschließt** mit 20 Jastimmen, 24 Neinstimmen und 2 Enthaltungen:

Die vorliegenden GO-Anträge – Überweisung des interfraktionellen Antrages A0014/21 in die Ausschüsse StBV, K und KRB – wird **abgelehnt.**

Die Vorsitzende der Fraktion GRÜNE/future! Stadträtin Linke beantragt die punktweise Abstimmung des Antrages.

Gemäß Punkt 1 des Antrages **beschließt** der Stadtrat mit 26 Jastimmen, einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 815-029(VII)21

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine stadtteilbezogene Graffiti-Strategie zu erarbeiten, wie

1. illegale Graffitis (Schmierereien) schneller und nachhaltiger beseitigt

Gemäß Punkt 2 des Antrages **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 816-029(VII)21

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine stadtteilbezogene Graffiti-Strategie zu erarbeiten, wie

2. künstlerische Darstellungen gefördert

werden können.

7.41. An Antifaschistischen Widerstand erinnern! A0013/21

Fraktion DIE LINKE

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion DIE LINKE und der SPD-Stadtratsfraktion – Überweisung des Antrages A0013/21 in den Ausschuss K – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0013/21 wird in den Ausschuss K überwiesen.

7.42. Projektgruppe Bürger*innenhaushalt A0003/21

Fraktion Grüne/future!

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion GRÜNE/future! – Überweisung des Antrages A0003/21 in die Ausschüsse KRB, FG und VW – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 10 Gegenstimmen:

Der Antrag A0003/21 wird in die Ausschüsse KRB, FG und VW überwiesen.

7.43. Zusätzliche Fahrten für mehr Abstand im ÖPNV A0006/21

Fraktion Grüne/future!

Mit Hinweis auf eine Pressemitteilung der Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH & Co. KG zieht die Vorsitzende der Fraktion GRÜNE/future! Stadträtin Linke den Antrag A0006/21 **zurück.**

7.44. Naturerfahrungsraum A0007/21

Fraktion Grüne/future!

Gemäß vorliegendem Antrag A0007/21 der Fraktion GRÜNE/future **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 817-029(VII)21

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, ob sich Flächen in Magdeburg für die Ausweisung eines Naturerfahrungsraumes (NER) eignen. Bestandteil der Prüfung sollten auch Uferzonen oder ufernahe Bereiche sein.
Mögliche Bereiche könnten unter Angabe der Größe auf einer Karte verzeichnet werden. Die Prüfung sollte auch eine mögliche Förderung durch Bundes- oder EU Mittel beinhalten.

7.45. Kulturlandschaft sichern und Open-Air-Kultur ermöglichen A0008/21

Fraktion Grüne/future!

Es liegen die GO-Anträge der CDU-Ratsfraktion – Überweisung des Antrages A0008/21 in die Ausschüsse FG, UwE, K und KRB und der Fraktion FDP/TSP – Überweisung des Antrages A0008/21 in den Ausschuss K – vor.

Die Vorsitzende der Fraktion GRÜNE/future! Stadträtin Linke, Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, Stadträtin Schumann, Fraktion FDP/TSP und der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Rösler sprechen sich gegen die Annahme der vorliegenden GO-Anträge aus.

Die vorliegenden GO-Anträge - Überweisung des Antrages A0008/21 in die Ausschüsse FG, UwE, K und KRB – wird vom Stadtrat mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen und einigen Enthaltungen **abgelehnt.**

Der Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion Stadtrat Schwenke erklärt, dass der Antrag den Anschein erwecke, ihn zu Wahlkampfzwecken zu benutzen und bedauert den Alleingang.
Er stellt klar, dass sich der gesamte Stadtrat einig sei, dass die Kultur unterstützt werden müsse und hätte sich aus diesem Grund einen interfraktionellen Antrag gewünscht.

Stadtrat Schumann, CDU-Ratsfraktion, verweist darauf, dass es im Land schon lange ein Programm zur Unterstützung der Kultur gäbe. Er hält fest, dass es eine Reihe von Problemen gibt, die die Stadt alleine nicht schultern kann und deshalb alle Akteure mitgenommen werden müssen.

Die Vorsitzende der Fraktion GRÜNE/future! Stadträtin Linke erläutert die Zielstellung des Antrages A0008/21.

Stadträtin Meyer, SPD-Stadtratsfraktion, kann dem Antrag vom Inhalt her folgen merkt aber an, dass bereits alles in Gang gesetzt ist und sich der Antrag derzeit in der Umsetzungsphase befindet. Stadträtin Meyer stellt klar, dass sich ihre Fraktion auch einen interfraktionellen Antrag zu dieser Problematik gewünscht hätte, signalisiert aber die Zustimmung zum Antrag.

Stadtrat Kumpf, Fraktion AfD, hält den Antrag ebenfalls für reinen Wahlkampf und gibt den Hinweis, dass ihr Antrag zur Unterstützung der Schausteller vom Stadtrat abgelehnt wurde.

Eingehend auf die kritischen Anmerkungen des Stadtrates Schwenke macht Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future! deutlich, dass es auch bei anderen wichtigen Themen Alleingänge von Fraktionen gab. Er verweist auf die Möglichkeit, sich mit dem Antrag zu solidarisieren.

Stadträtin Schumann, Fraktion FDP/TSP, teilt die Ausführungen der Stadträtin Meyer und teilt im Weiteren die Intention des Antrages. Sie beantragt die punktweise Abstimmung, signalisiert die Zustimmung zu den Punkten 1 – 3 und zu den Punkten 4 und 5 die Enthaltung.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, schickt voraus, dass ihn die Debattenkultur hier im Stadtrat traurig stimme. Er erklärt im Weiteren, dass er sich eine Überweisung des Antrages gewünscht hätte. Er teilt des Weiteren mit, dass der Kulturausschuss sich schon länger mit dieser Problematik befasst und bereits viele Kulturvertreter zu Gesprächen eingeladen wurden und es dabei keinen Hilferuf von den Kulturschaffenden gab. Abschließend signalisiert er die Zustimmung zu den Punkten 1 – 4 und die Ablehnung des Punktes 5 des Antrages.

Der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz Stadtrat Zander bedauert, dass der Antrag den Eindruck erwecke, dass noch mit Geldern zu rechnen sei.

Eingehend auf die in der Diskussion gemachten Ausführungen geht die Vorsitzende der Fraktion GRÜNE/future! Stadträtin Linke auf die Genese des Antrages ein. Sie stellt klar, dass dieser nicht zu Wahlkampfzwecken von ihrer Fraktion gestellt wurde. Sie geht im Weiteren erläuternd auf die Punkte 2 und 4 des Antrages ein.

Der Vorsitzende der Fraktion AfD Stadtrat Pasemann erklärt, dass sich seine Fraktion auch einen interfraktionellen Antrag gewünscht hätte. Er warnt davor, der Kultur Hoffnung zu machen und sieht eine Ungleichbehandlung gegenüber dem Einzelhandel und anderen.
Er signalisiert im Namen seiner Fraktion die Ablehnung des Antrages.

Stadtrat Stern, CDU-Ratsfraktion, begrüßt die Ausführungen des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE und warnt vor den finanziellen Lasten der Krise und All zu großen Versprechungen. Er stellt in diesem Zusammenhang ebenfalls die Frage, wer an die Betriebe und den Einzelhandel denke. Abschließend spricht sich Stadtrat Stern im Namen seiner Fraktion für die Annahme des ersten Teils des Antrages aus.

Stadträtin Mayer-Buch, Fraktion GRÜNE/future!, geht erläuternd auf die Zielstellung des Antrages ein und macht deutlich, dass es ihrer Fraktion weniger um zusätzliche Zuschüsse für die Kultur ginge, sondern mehr um eine ideelle und tatkräftige Unterstützung bei der oft schwierigen Organisation von Open-Air-Veranstaltungen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper gibt Bezug nehmend auf die Beschlusspunkte 2 und 5 den Hinweis, dass der Stadtrat nur ihn beauftragen kann und keine Ämter.

Stadtrat Hempel, Fraktion DIE LINKE, unterstützt mit Hinweis auf ausgefallenen Abschlussfeste ganzer Schülerjahrgänge den vorliegenden Antrag.

Nach umfangreicher Diskussion erfolgt die punktweise Abstimmung zum Antrag A0008/21.

Gemäß Punkt 1 **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

1) Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich gegenüber dem Land Sachsen-Anhalt und der Bundesregierung für eine stärkere, sofortige, finanzielle und strukturelle Unterstützung der durch die Corona-Pandemie besonders stark betroffene Veranstaltungs- und Kulturbranche einzusetzen.

Gemäß Punkt 2 **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

2) Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unverzüglich in den Austausch mit den Akteur*innen der Kultur- und Kreativwirtschaft, wie unter anderem dem Bündnis Freie Open-Airs [1], Magdeburger Vertreter*innen der Clubwirtschaft Sachsen-Anhalt [2], dem Kulturschutzbund Magdeburg, der Love-Foundation Magdeburg, dem Kulturhauptstadt-Team unter Mitwirkung des Kulturamtes, des Ordnungs-, des Bauordnungs- und des Gesundheitsamtes sowie des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe sowie dem Wirtschaftsdezernat zu treten.
Dabei sollen die Ermöglichung und Durchführung von Open-Air-Veranstaltungen im Mittelpunkt stehen. Geeignete städtische und private Flächen für die Nutzung als coronakonforme temporäre Open-Air-Kulturspielstätten - insbesondere auch Parkflächen - sollen identifiziert und benannt und für den Zeitraum Frühling bis Herbst 2021 für möglichst viele Akteur*innen nacheinander freigegeben werden.

In Zusammenarbeit sollen ein Kriterienkatalog sowie eine Infrastruktur entwickelt werden. Hier sollen Fragen zu Lärmschutzauflagen, Beschränkungen der Teilnehmer*innenzahl, Medienanschlüssen, Sanitär, Abfall- und Hygienekonzept für alle transparent entwickelt und zur Verfügung gestellt sowie beantragt werden. Um Synergien herzustellen, wird die Infrastruktur am Anfang geschaffen und allen ggf. gegen einen Obolus zur Verfügung gestellt.

Gemäß Punkt 3 **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 8 Gegenstimmen:

3) Der Stadtrat bekennt sich umfassend zum Erhalt der Magdeburger Club-, Sozio-, Sub- und Open-Air-Kultur und unterstützt die Bestrebungen zur Änderung der Baunutzungsverordnung, die eine Neueinordnung von Clubs und sonstigen Kulturorten dieser Art in die Kategorie der „Anlagen für kulturelle und sportliche Zwecke“ (bisher „Vergnügungsstätten“) zum Ziel haben.

Gemäß Punkt 4 **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Gegenstimmen:

4) Sofern von Magdeburger Kulturschaffenden ein Förderantrag für das NEUSTART-KULTUR-Förderprogramm [3]: Kleinst-, Eintages- und "Umsonst & Draußen"-Musikfestivals sowie ähnlichen Programmen gestellt wird, sollte die Landeshauptstadt Magdeburg mit den oben genannten Ämtern und dem Eigenbetrieb die Durchführung und Antragsstellung unterstützen. So sollte der Eigenanteil über das Kulturamt z. B. über die Plan B-Mittel der Kulturstrategie finanziert werden. Bei negativem Förderbescheid soll im Einzelfall geprüft werden, ob ggf. eine Vollfinanzierung durch das Kulturamt möglich wäre.

Der Stadtrat **beschließt** der Punkt 5 -

5) Um die Antragsstellung sowie die intensive Zusammenarbeit mit den Veranstaltungs-akteur*innen zu gewährleisten, sind die Stunden ggf. auch eine Stelle beim Kulturbüro (ggf. mithilfe von Angestellten aus dem Kulturhauptstadtbüro) aufzustocken.

wird **abgelehnt.**

Gemäß vorliegendem Antrag A0008/21 **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung der beschlossenen Einzelabstimmung mehrheitlich, bei 3 Gegenstimmen und 10 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 818-029(VII)21

1) Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich gegenüber dem Land Sachsen-Anhalt und der Bundesregierung für eine stärkere, sofortige, finanzielle und strukturelle Unterstützung der durch die Corona-Pandemie besonders stark betroffene Veranstaltungs- und Kulturbranche einzusetzen.

2) Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unverzüglich in den Austausch mit den Akteur*innen der Kultur- und Kreativwirtschaft, wie unter anderem dem Bündnis Freie Open-Airs [1], Magdeburger Vertreter*innen der Clubwirtschaft Sachsen-Anhalt [2], dem Kulturschutzbund Magdeburg, der Love-Foundation Magdeburg, dem Kulturhauptstadt-Team unter Mitwirkung des Kulturamtes, des Ordnungs-, des Bauordnungs- und des Gesundheitsamtes sowie des Eigenbetriebes Stadtgarten und Friedhöfe sowie dem Wirtschaftsdezernat zu treten.

Dabei sollen die Ermöglichung und Durchführung von Open-Air-Veranstaltungen im Mittelpunkt stehen. Geeignete städtische und private Flächen für die Nutzung als coronakonforme temporäre Open-Air-Kulturspielstätten - insbesondere auch Parkflächen - sollen identifiziert und benannt und für den Zeitraum Frühling bis Herbst 2021 für möglichst viele Akteur*innen nacheinander freigegeben werden.

In Zusammenarbeit sollen ein Kriterienkatalog sowie eine Infrastruktur entwickelt werden. Hier sollen Fragen zu Lärmschutzauflagen, Beschränkungen der Teilnehmer*innenzahl, Medienanschlüssen, Sanitär, Abfall- und Hygienekonzept für alle transparent entwickelt und zur Verfügung gestellt sowie beantragt werden. Um Synergien herzustellen, wird die Infrastruktur am Anfang geschaffen und allen ggf. gegen einen Obolus zur Verfügung gestellt.

3) Der Stadtrat bekennt sich umfassend zum Erhalt der Magdeburger Club-, Sozio-, Sub- und Open-Air-Kultur und unterstützt die Bestrebungen zur Änderung der Baunutzungsverordnung, die eine Neueinordnung von Clubs und sonstigen Kulturorten dieser Art in die Kategorie der „Anlagen für kulturelle und sportliche Zwecke“ (bisher „Vergnügungsstätten“) zum Ziel haben.

4) Sofern von Magdeburger Kulturschaffenden ein Förderantrag für das NEUSTART-KULTUR-Förderprogramm [3]: Kleinst-, Eintages- und "Umsonst & Draußen"-Musikfestivals sowie ähnlichen Programmen gestellt wird, sollte die Landeshauptstadt Magdeburg mit den oben genannten Ämtern und dem Eigenbetrieb die Durchführung und Antragsstellung unterstützen. So sollte der Eigenanteil über das Kulturamt z. B. über die Plan B-Mittel der Kulturstrategie finanziert werden. Bei negativem Förderbescheid soll im Einzelfall geprüft werden, ob ggf. eine Vollfinanzierung durch das Kulturamt möglich wäre.

7.46. Grün- und Freiräume am Winterhafen A0009/21

Fraktion Grüne/future!

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen die Änderungsanträge A0009/21/1 der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz und A0009/21/2 der Fraktion DIE LINKE vor.

Es liegt der GO-Antrag der CDU-Ratsfraktion – Überweisung des Antrages A0009/21 in die Ausschüsse StBV und UwE – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0009/21 wird in die Ausschüsse StBV und UwE überwiesen.

Die vorliegenden Änderungsanträge werden in die Beratungen mit einbezogen.

7.47. Schulkampagne Sicherer Schulweg A0020/21

interfraktionell

Es liegt der GO-Antrag der Fraktion FDP/TSP – Überweisung des Antrages A0020/21 in den Ausschuss BSS – vor, der durch die Fraktion DIE LINKE um den Ausschuss Juhi ergänzt wird.

Stadtrat Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion und Stadträtin Mayer-Buch, Fraktion GRÜNE/future sprechen sich gegen die Annahme des GO-Antrages aus.

Stadträtin Schumann, Fraktion FDP/TSP und der Vorsitzende der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz sprechen sich für die Annahme des GO-Antrages aus.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat mit 23 Ja-, 20 Neinstimmen und 8 Enthaltungen:

Der interfraktionelle Antrag A0020/21 wird in die Ausschüsse BSS und Juhi überwiesen.

9. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

9.1 Schriftliche Anfrage (F0053/21) des Stadtrates Canehl, Fraktion GRÜNE/future!

Spätestens seit die „Volksstimme“ am Freitag (22.02.21) - begleitet durch relativ dünne Auskünfte der städtischen Pressestelle und des Investors - über die Fällung von etwa 50 – 60 Bäumen an der Walther-Rathenau-Straße berichtet hat, schütteln nicht nur wir Stadträt*innen, sondern viele Bürger*innen empört den Kopf und fragen sich wie das passieren konnte.

Es stellen sich aus unserer Sicht zum städtischen Handeln eine Reihe interessanter Fragen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, wir fragen Sie deshalb:

1. Warum sollte das Vorhaben mit den 400 Wohnungen eigentlich ohne Bebauungsplan realisiert werden? Sind denn die Voraussetzungen für eine Genehmigung nach § 34 BauGB gegeben?

2. Hätte die Landeshauptstadt nicht zur langfristigen Sicherung der Grünfläche beim Verkauf zwischen den privaten Eigentümern im Rahmen des gemeindlichen Vorkaufsrechts auf einer vorherigen Abtretung der Böschungsgrünfläche bestehen können?

3. Wann ist der Antrag des geheimnisvollen Investors aus Niedersachsen zur Fällung der Bäume beim Umweltamt eingegangen?

4. Wann wurde die Fällung genehmigt? Wieviel gemäß der Baumschutzsatzung geschützten Bäume (Stammumfang in 1. Meter Höhe < 50 cm) sind erfasst worden? Welche Auflagen

für die Ersatzpflanzungen wurden gemacht? (1 gefällter Baum = 1 Ersatz oder zugunsten des Klimas etwas mehr Verpflichtungen)

5. Wo sollen diese „Ersatzpflanzungen“ eigentlich vom Investor umgesetzt werden?

6. Wenn es - wie der Zeitung zu entnehmen ist – noch keine Baugenehmigung gibt, warum hat man dann die Fällgenehmigung schon erteilt? Wäre es nicht besser, wenn die Untere Naturschutzbehörde im Umweltamt erst die Fällungen genehmigt, wenn das Bauvorhaben soweit vorbereitet ist, dass es als sicher gilt und nicht scheitert? (Auch bei den städtischen Bauvorhaben war man vorsichtiger – z.B. Nikolaiplatz.)

7. Wie bekannt wurde, soll die Bauverwaltung in einem Stadtratsausschuss versichert haben, dass der Grünzug verbleibt und nur so wenig wie möglich Bäume gefällt werden. Auch soll es eine entsprechende Empfehlung des Gestaltungsbeirats geben. Wurde das im Bauvorbescheid davon abweichend geregelt?

8. Auch im Entwurf des Rahmenplans und der Straßenbaumkonzepte zur Innenstadt sollen alle wichtigen Straßen Alleebäume bekommen. Wäre es nicht gerade an der Bundesstraße 1 wichtig gewesen, aus Klimaschutzgründen den sehr dichten Baumhain aus der DDR-Zeit zu belassen?

9. Werden Sie dafür sorgen, dass - nachdem das „Kind in den Brunnen gefallen“ ist - an der Südseite der B1 Alleebäume gepflanzt werden?

10. Herr Oberbürgermeister, in Ihrer Vision von 2016 haben Sie von „Stadtwäldern“ gesprochen. Seit 2017 wurde festgelegt, dass aufgrund der vielen Fällungen und zur Sicherung des Stadtklimas von der Stadt „Baumhaine“ angelegt werden sollen. Bis heute ist noch kein Projekt umgesetzt. Wie konnte es passieren, dass heute in unserer Zeit ein gewachsenes „Stadtwäldchen“ platt gemacht wird?

Es wird um eine mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung gebeten.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann

Eingehend auf die Fragestellung informiert Herr Dr. Scheidemann, dass man sich aus bauordnungsrechtlicher Sicht im 34-iger Gebiet befinde und hierzu eine Bauvoranfrage vorlag. Der daraufhin zu erteilende Bauvorbescheid ist erlassen und die Baugenehmigung befindet sich noch in der Bearbeitung. Die Errichtung der Studentenwohnungen ist zulässig und eine wirksame Stellplatzsatzung gibt es nicht. Herr Dr. Scheidemann schätzt ein, dass oftmals kein hoher Stellplatzbedarf besteht, da durch die Studenten vorwiegend der ÖPNV und das Fahrrad genutzt werden. Er weist im Weiteren auf die Beteiligung des Umweltamtes hin. Dies habe dem Vorhaben weitestgehend zugestimmt. Das Projekt wurde im Gestaltungsbeirat diskutiert und die Empfehlungen im Bauausschuss vorgestellt.

Ergänzende Ausführungen des Beigeordneten für Personal, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herrn Platz:

Herr Platz führt aus, dass grundsätzlich das Baurecht der Baumschutzsatzung vorgeht.
D. h., wenn es keine Landschaftsbestandteile gibt, die nach Naturschutzrecht besonders geschützt sind, dann verdrängt Baurecht immer die Regelungen der Baumschutzsatzung. Er verweist auf das übliche Verfahren seit vielen Jahren bezüglich der Fällgenehmigungen von Bäumen.
Er teilt weiter mit, dass es diverse Festsetzungen gab und informiert, dass es sich um 61 Laubbäume, davon mindestens 28 großkronige Bäume mit einer definierten Qualität und einem

bestimmten Stammumfang, der hier auch im Einzelnen angegeben ist, als Ersatz zu pflanzen und 1200 m² extensive Dachbegrünung anzulegen sind. Die 21 Kletterpflanzen müssen durch 21 Bäume ersetzt werden. Die Neupflanzung ist bis zum 30.11.2022 vorzunehmen, Vollzug zu melden und eine dreijährige Anwuchspflege ist zu gewährleisten. Das ist im Bescheid vom 5. Februar so festgehalten.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.2 Schriftliche Anfrage (F0035/21) des Stadtrates Rupsch, CDU-Ratsfraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Trümper,

im Dezember 2020 stimmten mehrheitlich mehrere Fraktionen für einen Schulneubau am Winterhafen (Bauhofgelände), obwohl bekannt war, welche Risiken und Gefahren sich dort befinden. Vor kurzem gab es ein Schreiben vom Landesverwaltungsamt dazu. In dem Schreiben wird auch auf ein B-Plan-Verfahren und auf eine Umweltverträglichkeitsprüfung hingewiesen.

Hätte der Stadtrat 2018 dem Grundschulneubau „Am Brellin“ zugestimmt, würden die Ostelbischen Gebiete heute eine neue funktionierende Grundschule und die Thomas-Mann-Schule hätte sich innerhalb des Gebäudekomplexes erweitern können. Bedauerlicherweise befürwortete eine Mehrheit im Stadtrat dies nicht.

Daher bitte ich um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Jahre benötigt die Stadtverwaltung für ein B-Plan-Verfahren für den Schulstandort Winterhafen?

2. Wie lange benötigt die Stadtverwaltung für eine Umweltverträglichkeitsprüfung am Standort Winterhafen?

3. Wie hoch sind voraussichtlich die Kosten, um auf dem Gelände eine Schule zu errichten?

4. Ist der Schulneubau vor einem Hochwasser geschützt?

5. Wie hoch sind die voraussichtlichen Kosten, um die Schule vor einem Hochwasser zu schützen?

6. Ist das jetzige Gelände des Bauhofes kontaminiert?
6.1 Wenn ja – wie hoch sind voraussichtlich die Entsorgungskosten?

7. Befinden sich auf dem Gelände des Bauhofes noch alte Bunkeranlagen?
7.1 Wenn ja – wie teuer wird der Rückbau?

8. Welche Verkehrsbelastungen entstehen für das Gebiet rund um den Winterhafen?

Ich bitte um eine kurze mündliche Antwort und eine ausführliche schriftliche Stellungnahme.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann

Herr Dr. Scheidemann merkt an, dass die Fragen im Rahmen des B-Plan-Verfahrens geklärt werden können. Er teilt mit, dass normalerweise ein Bauleitplanverfahren zwei Jahre dauert.

Ergänzende Antwort der Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Frau Stieler-Hinz:

Frau Stieler-Hinz gibt den Hinweis, dass derzeit in dieser Angelegenheit die Abstimmungen laufen, wo alle Fakten und Daten zusammengetragen werden. Im Ergebnis dessen wird eine umfassendere Information dem Stadtrat vorgelegt.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.3 Schriftliche Anfrage (F0023/21) des Stadtrates Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Wir nehmen Bezug auf unsere Anfrage F0199/20 vom 03.09.2020 sowie Ihre diesbezügliche Stellungnahme vom 06.10.2020 mit folgenden Fragen:

1. Gibt es zu den in der Stellungnahme S0330/20 genannten Auflagen einen neuen Arbeitsstand seitens des Vorhabenträgers EDEKA-Miha?

2. Wenn Nein, gibt es die Möglichkeit, die seit rund 5 Jahren brachliegenden und verwildernden Flächen einer Zwischennutzung zuzuführen welche sein könnten:

   - Anlage einer ohnehin im Projekt vorgesehenen Parkfläche, die von Mitgliedern beider betroffener Gartensparten genutzt werden könnten und bereits jetzt eine Entlastung des ruhenden Verkehrs im Zeitraum der Gartensaison bewirken.

   - Nutzung der Gartenflächen als Schulgärten für die drei im näheren Umfeld befindlichen Schulen.

   - weitere, der jetzigen Rahmenplanung entsprechende Vorschläge, sind selbstverständlich möglich, sofern sie einer Umsetzung des Marktprojektes nicht entgegenstehen.

Wir bitten um eine kurze mündliche sowie um eine ausführliche schriftliche Antwort!

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann:

Eingehend auf die Fragestellung bestätigt Herr Dr. Scheidemann, dass die Situation tatsächlich so ist, wie in der letzten GWA-Sitzung geschildert. Er erklärt, dass das dahinterstehende Unternehmen gebeten wurde, die Dinge abzuklären, ob da eine Möglichkeit der Raumnutzung besteht und die Antwort dazu noch offen ist.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.4 Schriftliche Anfrage (F0029/21) des Stadtrates Kumpf, Fraktion AfD

Sehr geehrter Oberbürgermeister Dr. Trümper,

dass die menschengemachte Erderhitzung Magdeburg in jenem Ausmaß ereilen würde, wie es derzeit der Fall ist, geschieht nicht jedes Jahr. Auch wenn massive Wintereinbrüche im Februar oder sogar März in den vergangenen 10-15 Jahren immer wieder mal vorgekommen sind. In diesem Jahr hätten die Verantwortlichen für den Winterdienst in der Stadt aber durchaus ein paar Tage Vorlauf gehabt, an denen Wetterservice-Seiten angekündigt hatten, dass etwas Schwerwiegendes im Anmarsch wäre. Leider ließ sich der Winterdienst in der Landeshauptstadt diesmal völlig auf dem falschen Fuß erwischen, und das hat bis heute unangenehme Konsequenzen für uns alle. Neben Chaos im Verkehr und Problemen im ÖPNV sind auch die Privathaushalte massiv betroffen, weil in Teilen der Stadt der Müll nicht abgeholt werden konnte. Umliegende Gemeinden haben die Wetterlage deutlich besser in den Griff bekommen als die Landeshauptstadt, und das ist kein Ruhmesblatt für Magdeburg, da wir zwar größer sind, aber entsprechend auch über eine dichtere Infrastruktur und umfassendere Ausstattung zur Bewältigung solcher Situationen verfügen.

Deshalb frage ich Sie:

1. Wie bewertet die Stadt die eigene Leistung im Winterdienst bzw. Räumbetrieb sowie die Leistung der Nachauftragsnehmer während der Schneeperiode der letzten Woche?

2. Welche Verbesserungsmöglichkeiten in der eigenen Infrastruktur, der eigenen Organisation oder der Vertragsgestaltung mit Nachunternehmern sieht die Stadt, um zukünftig solchen verkehrstechnischen Problemlagen bei starkem Schneefall Herr zu werden?

3. Welche Ämter, kommunalen Betriebe und Nachunternehmer der Stadt stellen den Winterdienst in Magdeburg sicher? Wie sind diese jeweils für den Winterdienst ausgerüstet und welche Aufgaben übernehmen diese konkret?

4. Welche Konsequenzen zieht die Stadt aus diesem chaotischen Zustanden, um zukünftig die Magdeburger vor Einschränkungen dieser Art zu schützen? Werden bereits bestehende Verträge überdacht, gekündigt oder neu verhandelt?

5. Welche Veränderungen wurden im städtischen Winterdienst seit den Kälteeinbrüchen der Jahre 2010 und 2011 veranlasst, die ebenfalls die Infrastruktur vor große Herausforderungen gestellt hatten?

Antwort des Beigeordneten für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz:

Herr Platz informiert, dass sich der BA SAB in der vorletzten Sitzung mit der Frage des Winterdienstes befasst hat. Er führt aus, dass das Winterdienstkonzept aufgrund der Erfahrungen der schwierigen Winter 2009/10, 2010/11 vom Stadtrat beschlossen wurde. Er stellt klar, dass der Winterdienst einen guten Job gemacht habe.

Eingehend auf den Punkt 2 der Frage merkt Herr Platz an, dass die Unannehmlichkeiten für Betroffene bedauerlich sind, verweist aber auf die Schwierigkeit, die Nebenstraßen zeitgleich mit den Hauptstraßen zu beräumen und hält dies für nicht leistbar. Er erklärt, dass aus diesem Grund Hilfe zur Selbsthilfe greifen müsse und die Bürger*nnen selbst aktiv bei der Schneebeseitigung werden. Die Stadt stellt kostenlos die Container zur Verfügung und lässt

diese auch abfahren. Herr Platz gibt den Hinweis, dass dieses Verfahren im Jahr 2010 gut funktioniert habe, aber nochmal grundsätzlich geklärt werden müsse, ob die getroffenen Regelungen bezüglich der Räumpflicht der Anlieger richtig seien.

Bezüglich der Fragestellung zur Beräumung der Radwege macht Herr Platz deutlich, dass es noch Luft nach oben gäbe, diese aber im Ergebnis auch Geld kosten, weil man dann auf ganz bestimmte Technik zurückgreifen müsse.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.5 Schriftliche Anfrage (F0030/21 der Stadträte Canehl, Fraktion GRÜNE/future! und Jannack, Fraktion DIE LINKE

Auch wenn der Bedarf an neue weiterführenden Schulen in letzter Zeit im Mittelpunkt stand, darf nicht vergessen werden, dass schon spätestens seit der im Stadtrat beschlossenen Drucksache DS0463/17 klar ist, dass für den Bereich Buckau/Fermersleben/Salbke der Neubau einer dreizügigen Grundschule erforderlich ist.

Die Stadträt*innen der vorrangegangenen Wahlperiode wissen, wie schwer wir uns getan haben, einen geeigneten Standort zu finden. Letztendlich wurde am 13.06.2019 beschlossen, die neue Schule südlich des Schanzenweges auf dem Gelände des Fermersleber Sportvereins 1895 e.V. zu errichten.

Bis zum heutigen Tag liegt uns noch keine machbare Lösung vor, wie die verkehrliche Sicherheit der Schulkinder am und über den Schanzenweg gewährleistet werden kann. Zugleich liegt offenbar noch keine Planung für die in der Radverkehrskonzeption 2004-2012 beschlossene Radverkehrsanlage über den Schanzenweg vor.

Wir gehen davon aus, dass die Schaffung von Grundschulplätzen in Buckau und Südost angesichts der Folgen der Pandemie noch an Bedeutung gewonnen hat.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir möchten nun heute Folgendes fragen:

1. Wann kann mit der Vorlage der gem. interfraktionellem Änderungsantrag DS0100/20/2 vom Stadtrat einstimmig beschlossenen Verkehrsplanung gerechnet werden? Nachfragen beim Stadtplanungsamt liefen bisher ins Leere.

2. Wie weit ist die Erstellung des Bebauungsplans?

3. Wann kann uns die EW Bau zu dem schon am 13.06.2019 beschlossenen Raum- und Funktionsprogramms zur Beschlussfassung vorgelegt werden?

4. Halten Sie es für möglich, zur Einsparung finanzieller und personeller Ressourcen und zur Beschleunigung der Fertigstellung des Grundschulneubaus eine Funktionalausschreibung bei Generalübernehmern vorzunehmen?

5. Wann rechnen Sie mit der Bezugsfertigstellung des Schul- und Hortgebäudes?

Wir bitten um kurze mündliche Beantwortung und ausführliche schriftliche Beantwortung.

Antwort des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann:

Herr Dr. Scheidemann informiert, dass der Bauleitplan auf den Weg gebracht ist, das zu dem vorliegenden Verkehrsgutachten noch Abstimmungen erfolgen und dann die Vorstellung in den nächsten Monaten erfolgt. Bezüglich der Hochbaumaßnahmen gibt er den Hinweis, dass hierfür der EB KGM zuständig ist.

Ergänzende Antwort der Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport Frau Stieler-Hinz:

Frau Stieler-Hinz ergänzt, dass die Fertigstellung und der Nutzungsbeginn in starker Abhängigkeit den vorhergehenden Planungsschritten und Bauvorhaben zu sehen ist. Sie stellt klar, dass der Handlungsbedarf lin erster Linie weiterhin bei den weiterführenden Schulen liegt, da für Buckau gemäß der Schulentwicklungsplanung 2025/2026 der Bedarf vorliegt.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

9.6 Schriftliche Anfrage (F0044/21) der Stadträtin Schumann, Fraktion FDP/TSP

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wie der Presse zu entnehmen war, haben Sie die Digitalisierung zur Chefsache erklärt. Bereits im Jahre 2017 hatte ich eine 8 Punkte umfassende Anfrage, die *F0154/17*, unter dem Titel „Digitalisierung im Klassenzimmer“ gestellt. Dazu erhielt ich seinerzeit eine sehr umfängliche Stellungnahme durch den damaligen verantwortlichen Dezernenten Prof. Dr. Puhle. Mittlerweile sind über 4 Jahre vergangen. Daher frage ich Sie:

1. Warum sehen Sie die Notwendigkeit, die Digitalisierung zur Chefsache zu erklären?

2. Wer hat am Schulträgerkonzept, das lt. Stellungnahme *S0236/17* erarbeitet wurde, mitgewirkt? Wann und in welcher Form wurde es für die Schulen als Handlungsleitfaden zur Verfügung gestellt?

3. Wie wurden die Schulen bei der Erstellung eines pädagogischen Medienkonzeptes unterstützt?

4. a) Inwieweit sind die Schulen heute in die kommunale Breitbandstrategie der LH Magdeburg eingebunden bzw. wie weit ist der Plan der Landesregierung, bis Ende 2021 alle Schulen an das Glasfasernetz anzuschließen, bereits umgesetzt?

   b) Ist die Umsetzung bis zum Jahresende aus der Sicht der Stadtverwaltung realisierbar?

5. Wie weit ist die Ausstattung der Schulen (differenziert nach Schulformen) mit PC-Technik

   a) Tablets
   b) iPads
   c) Laptops

d) PC´s
e) Whiteboards
f) Interaktiven Tafeln

für den Gebrauch im Unterricht fortgeschritten?

6. Welche Budgets stehen den Schulen (differenziert nach Schulformen) zum Ausbau der Ausstattung der Schulen mit PC-Technik und für deren Wartung aktuell zur Verfügung?

7. Wie weit ist die Umsetzung des Digitalpakts (Antragsschluss 30.06.2021) und seiner bisher drei Zusatzprogramme fortgeschritten?

8. Welche Fortschritte sehen Sie bezüglich der weiteren Ausstattung, der Kommunikation der Schulen untereinander bzw. mit weiteren Akteuren, die den Prozess der Digitalisierung unterstützen?

Ich bitte Sie, um eine kurze mündliche und eine ausführliche schriftliche Beantwortung der Fragen.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper

Herr Dr. Trümper merkt an, dass ihm nicht bekannt sei, dass er diese Thematik zur Chefsache gemacht habe. Er gibt den Hinweis, dass er im Rahmen der Haushaltsberatung gesagt habe, dass die in seinem Bereich angesiedelten beiden Stellen der Bildungskoordinatoren jetzt ausgelaufen seien und die Stellen umgewandelt werden in Steuerung und Digitalisierung von Schulen für drei Themen. Das eine Thema ist, dass die Telekom die Schulen ans Netz anschließen muss, da sonst alles andere gar keinen Sinn mache. Der 2. Punkt ist, dass über den Digitalpakt die W-LAN-Netze in die Schulen eingebaut werden. Das dritte Thema ist, dass die Schüler und die Lehrer mit entsprechender Technik ausgestattet werden müssen und dafür vom Bund Geld zur Verfügung gestellt wird. Herr Dr. Trümper macht deutlich, dass diese drei Themenbereiche koordiniert laufen müssen und am Ende betreut werden muss. Hierzu wurde im Rahmen der Haushaltsberatung beschlossen, vier Stellen einzustellen, die im Bereich des Dezernates IV angesiedelt werden.

Ergänzende Antwort der Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport FrauStieler-Hinz:

Frau Stieler-Hinz informiert, dass nur noch sechs Förderanträge von den gesamten Schulen in städtischer Trägerschaft ausstehen und alle anderen unterzeichnet, auf dem Weg gebracht und größtenteils schon beschieden sind.

9.7 Schriftliche Anfrage (F0050/21) des Stadtrates Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

immer wieder berichtete die Presse in den letzten Tagen über die außerhalb der Bestimmungen der Rechtsverordnung des Bundesgesundheitsministeriums (Coronavirus-Impfverordnung – CoronaImpfV) erfolgten Impfungen in Halle mit Impfstoff gegen COVID-19.

Das Landesverwaltungsamt als kommunale Aufsicht ermittelt derzeit hinsichtlich kommunal- und disziplinarrechtlicher Konsequenzen.

Seit einigen Monaten berichten Sie, auch in Pressekonferenzen, davon, wöchentlich eine Kiste (20 Stück) Schnelltests zu erhalten und täglich Corona-Schnelltests an sich und auch an privaten Besuchern durchzuführen.

Am 03.02.2021 wurden den Fraktionen des Stadtrates Schnelltests zur Verfügung gestellt und Personen in die Anwendung eingewiesen.

Ich möchte dazu wissen:

1. Wurden Sie bereits mit Impfstoff gegen COVID-19 geimpft? Wenn ja, wann und aus welchem Anlass und erfolgten bereits Erst- sowie Zweitimpfung?

2. Wurden in der Landeshauptstadt Magdeburg weitere Personen oder Personengruppen außerhalb der Bestimmungen der Rechtsverordnung des Bundesgesundheitsministeriums (Coronavirus-Impfverordnung – CoronaImpfV) vorgezogen mit der Erst- und Zweitimpfung versorgt?

3. Gibt es Impflisten in der Landeshauptstadt Magdeburg?

4. Viele Menschen hätten sich gern vor Weihnachten und dem Familienbesuchen selbst auf Corona getestet. Erst seit Februar ist es Privatpersonen jedoch gesetzlich erlaubt, Corona-Schnelltests für die Eigenanwendung zu erwerben, allerdings gibt es diese Tests derzeit noch nicht zu kaufen. Seit wann stehen Ihnen die Corona-Schnelltests zur privaten Verwendung zur Verfügung?

5. Woher haben Sie die Schnelltests bezogen und wer trug die Kosten dafür?

6. Erhielten weitere Personen im Dienst der Landeshauptstadt Magdeburg vor dem 03.02.2021 Schnelltests? Wenn ja, welche Personen und aus welchem Grund?

7. Sehen Sie eine persönliche Vorteilsnahme durch die Verwendung der Schnelltests, in Zeiten, in denen Bürgerinnen und Bürger davon noch keinen Gebrauch machen konnten?

Ich bitte um kurze mündliche und ausführliche schriftliche Beantwortung.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper

Eingehend auf die Fragstellung, die Herr Dr. Trümper als reine Provokation bezeichnet, erklärt er, dass er noch nicht geimpft worden sei. Er verweist auf seine Anweisung gegenüber Frau Borris, zuständig für die Impfteams, dass niemand geimpft wird, der keine Berechtigung dafür hat.
Er weist im Weiteren die Unterstellung, dass er einen persönlichen Vorteil von der Nutzung der Schnelltests aufs Schärfste zurück und erklärt, dass die Schnelltests vom Gesundheitsamt, die vom Ministerium 20.000 Stück für die Stadt Magdeburg für besondere Anlässe und für besondere schutzbedürftige Personen, zur Verfügung gestellt wurden, erhalten habe. Herr Dr. Trümper bezeichnet dieses Verfahren als üblich und merkt an, dass auch Schnelltests den Fraktionen zur Verfügung gestellt wurden.

Eine ausführliche Antwort erfolgt schriftlich durch die Verwaltung.

Zu den noch vorliegenden Anfragen F0026/21, F0028/21, F0032/21, F0034/21, F0036/21, F0037/21, F0038/21, F0039/21, F0040/21, F0041/21, F0042/21, F0043/21, F0045/21, F0047/21, F0048/21, F0049/21, F0046/21, F0051/21 und F0052/21 erfolgt die Beantwortung schriftlich durch die Verwaltung.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Prof.Dr. Alexander Pott
Vorsitzender des Stadtrates

Silke Luther
Schriftführerin

Anwesend:

Vorsitzende/r

Prof.Dr. Alexander Pott

Mitglieder des Gremiums

Norman Belas
Julia Bohlander
Matthias Borowiak
Matthias Boxhorn
Julia Brandt
Stephan Bublitz
Jürgen Canehl
Aila Fassl
Marcel Guderjahn
Christian Hausmann
René Hempel
Bernd Heynemann
Dr. Lydia Hüskens
Anke Jäger
Dennis Jannack
Oliver Kirchner
Matthias Kleiser
Hagen Kohl
Karsten Köpp
Ronny Kumpf
Urs Liebau
Madeleine Linke
Nadja Lösch
Julia Mayer-Buch
Olaf Meister
Christian Mertens
Hans-Joachim Mewes
Steffi Meyer
Stefanie Middendorf
Dr. Jan Moldenhauer
Burkhard Moll
Oliver Müller
Kathrin Natho
Stephan Papenbreer
Frank Pasemann
Tim Rohne
Jens Rösler
Manuel Rupsch
Chris Scheunchen
Robby Schmidt
Evelin Schulz
Jenny Schulz
Andreas Schumann
Carola Schumann
Frank Schuster
Wigbert Schwenke
Mirko Stage
Reinhard Stern
Barbara Jutta Tietge
Dr. Lutz Trümper

Roland Zander
Dr. Niko Zenker

Geschäftsführung
Silke Luther

Abwesend - entschuldigt
Dr. Falko Grube
Michael Hoffmann
Burkhard Lischka
Dr. Thomas Wiebe